

Aus dem Landrat

Wahlkampf Klarheit bei
Gemeindevorschriften

Mit 74 zu 5 Stimmen überwies der Rat eine EVP-Motion für Vereinfachungen beim Aufhängen von Wahlplakaten und dem Versand von Wahlbroschüren in Gemeinden: Statt dass jede Partei bei jedem Ort nachfragt, sollen die Gemeinden die bei ihnen geltenden Vorschriften der Landeskanzlei melden. (SDA)

Fernwärme 4,5 Millionen
für Polyfeld in Muttenz

Der Landrat hat 4,5 Millionen Franken für den Ausbau der Fernwärme Polyfeld in Muttenz bewilligt. Der Verpflichtungskredit blieb unbestritten. Bereits heute besteht im Gebiet ein Wärmeverbund der Firma Florin AG. Mit der Erweiterung soll eine Anschlussleistung für rund 440 Durchschnittshaushalte oder 4400 Kilowatt zur Verfügung stehen. 1,5 Millionen Franken der Investition sollen durch Anschlussgebühren, der Rest über den Energieabsatz finanziert werden. (SDA)

Biodiversität Sparen
wichtiger als Artenschutz

«Fehlenden Handlungswillen» stellte Elisabeth Augstburger (EVP) beim Regierungsrat fest, als dieser zugab, dass Baselland die international verbindlichen Ziele zum Artenschutz bis 2020 unmöglich erreichen werde. Der Grund: Das Entlastungspaket habe Vorrang. Urs Leugger (Grüne) akzeptiert das nicht und doppelt mit einer entsprechenden Motion nach. (BZ)

EBM kommt unter Druck

Strom-Mix Regierungsrat muss widerwillig Markteingriff prüfen

Landrat BL



VON MICHAEL NITTAUS

Totgesagte leben länger. Der Fukushima-Effekt, der längst für verpufft erklärt wurde, erlebte gestern im Baselland-Parlament ein Revival. Gleich vier energiepolitische Vorstösse der Grünen – je zwei von Philipp Schoch (Pratteln) und Sarah Martin (Hemmiken) – fanden eine Mehrheit. Dabei weibelten sowohl Energiedirektorin Sabine Pegoraro, als auch FDP und SVP teilweise vehement für eine Ablehnung. Weil Martin und Schoch aber zwei Motionen zu Postulaten abschwächen, konnten sie sich die Hilfe der Mitteparteien sichern.

Die Regierung muss nun unter anderem prüfen, ob die beiden Baselland-Energieversorger Elektra Baselland (EBL) und Elektra Birseck Münchenstein (EBM) künftig verpflichtet werden, als Standard-Strommix nur Strom aus 100 Prozent erneuerbarer Energie anzubieten. Diese Forderung zielt dabei mittlerweile nur noch Richtung EBM, da die EBL ihren Standard-Mix bereits umgestellt hat. «87 Prozent der EBL-Kunden sind bei diesem Mix geblieben, obwohl er ein paar Franken mehr pro Monat kostet», sagte Martin.

«Eine Verpflichtung der Stromversorger wäre ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft – und in die Freiheit der Bürger», wehrte sich die freisinnige Regierungsrätin Pegoraro. Zudem käme mit dem Ausstieg aus der Atom-



Welcher Strom aus der Dose kommt, entscheidet der Kunde. BZ-ARCHIV

kraft der Wechsel auf erneuerbare Energien sowieso. Deutlicher wurde Christoph Buser (FDP, Füllinsdorf): Er sieht EBL und EBM durch die 2014 anstehende Liberalisierung des Strom-

«Plötzlich steht
Baselland ohne
Energieversorger da.»

Christoph Buser, FDP

marktes bereits genug unter Druck. Seine Befürchtung: «Plötzlich steht Baselland ohne Energieversorger da.»

Verpflichtung zum Stromsparen

Die drei anderen Postulate kreisten um Stromspar-Ideen – und erneut um Vorschriften für die Energieversorger. So könnten sie verpflichtet werden, progressive Stromtarife einzuführen. Mehr zahlen für mehr Verbrauch, an-

statt wie heute für grosse Strommengen Rabatte zu erhalten. Die Bürgerlichen befürchten, dass so energieintensive KMU belastet würden. Abfedernde Massnahmen heisst dazu die Lösung der Linken. Auch der Vorstoss, dass die Versorger mindestens zehn Prozent ihrer Strombeschaffung mit Investitionen in die Energieeffizienz einsparen sollen, fand eine Mehrheit.

Besonders gewagt ist der Vorschlag Schochs, dass die Energieversorger nicht mehr Gewinn erzielen sollen, je mehr Strom sie verkaufen. Stattdessen sollte ihnen ein gewisser Gewinn garantiert werden – und damit der Anreiz steigen, Strom zu sparen. «Dass die Garantie letztlich der Steuerzahler berappen muss, verschweigen die Grünen natürlich», enervierte sich Rolf Richterich (FDP, Laufen). Auch hier wird vor allem die EBM kritisiert. Schoch wird deutlich: «Leider haben wir im Kanton nicht nur die EBL.»

Aufsteller



Für den Lacher des Tages sorgte Ratspräsident Urs Hess (SVP). Bei einem Postulat von Regula Meschberger (SP) wollte Hess plötzlich über «Verhütung» während der Ausbildung von Psychologinnen debattieren lassen. «Vergütungen» wäre korrekt gewesen. Die Postulantin konnte sich danach vor Lachen kaum noch einrenken, und die übrigen Landräte, die sich zu diesem Geschäft meldeten, bemühten sich redlich, die Hess'sche Steilvorlage in Sachen Wortwitz zu parieren. Wen wundert, dass der Rat höhere Vergütungen für die angehenden Psychologinnen letztlich vergü... äh, verhütete.

Ablöser



Die Liberalen hatten ihre eigenen Methoden, Bildungsdirektor Urs Wüthrich während der immer gehässiger werdenden Fragestunde zur Umsetzung von Kosteneinsparungen bei der FHNW in die Zange zu nehmen. Da Ratspräsident Hess nur eine Frage pro Landrat zum Thema zulies, griff die FDP-Fraktion flugs zum Rotationsprinzip, bis fast jeder der FDP-Landräte einzeln dem SP-Magistraten Schimpf und Schande gesagt hatte. Wüthrichs Antwort blieb unter dem Trommelfeuer stets dieselbe: Massnahmen würden bereits geprüft.

Schlusspunkt
unter Spardebatte

Lehrer-Pflichtstunden Mit der Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Fachlehrer an den Sekundarstufen hat der Baselland-Landrat die dreigeteilte Debatte zum Sparpaket beendet. Der Rat hiess gestern die Anpassung des Dekrets zum Personalgesetz des Kantons mit 54 zu 30 Stimmen gut. Dagegen waren nach wie vor SP und Grüne, die die Erhöhung der Pflichtstunden als nicht gerechtfertigt erachteten.

Die Pflichtstundenzahl für Fachlehrer an den Sekundarschulen sowie an Gymnasien und Berufsschulen wird damit um eine Wochenstunde angehoben. Allerdings hatte der Landrat an seiner letzten Sitzung die Massnahme gegen den Willen der Regierung auf drei Jahre befristet. Danach soll aufgrund einer Evaluation erneut entschieden werden. (SDA)

Wählen attraktiver machen

Wahlbeteiligung Der Landrat hat die Regierung gegen ihren Willen dazu verpflichtet, Massnahmen zugunsten einer höheren Wahlbeteiligung zu prüfen. Ein entsprechendes Postulat von SP-Präsident Martin Rüegg überwies der Rat mit 45 zu 36 Stimmen. Obschon sich die SVP-Fraktion dagegen aussprach, stimmten selbst einzelne SVP-Vertreter für das Begehren.

Die Beteiligung bei den letzten Baselland-Wahlen vom März 2011 sei bedenklich tief gewesen, begründete Rüegg seinen Vorstoss. Wenn nur noch jeder Dritte an die Urne gehe, verliere die Politik an Legitimation: Nicht einmal die grossen Parteien könnten noch mehr als zehn Prozent Wahlberechtigte hinter sich zu bringen. Regierungsräsident Peter Zwick, die FDP und die Mehrheit der SVP waren dagegen. Eine höhere Beteiligung sei zwar erwünscht, doch

dies zu fördern, sei nicht Regierungsaufgabe. Wählen zu gehen, liege in der Eigenverantwortung des Einzelnen, argumentierte etwa der Binniger SVP-Landrat Urs-Peter Moos. Eine allfällige Wahlpflicht sei nicht mehrheitsfähig, hiess es seitens der FDP.

Weitere Vorstösse zum Wahlprozedere wollte der Landrat nicht unterstützen. So scheiterte eine andere Rüegg-Motion, die für Regierungsratswahlen forderte, dass bei der Berechnung des absoluten Mehrs auch die leeren Wahlzettel mitgezählt werden. Nach bisheriger Methode sei das absolute Mehr viel zu tief angesetzt, womit es kaum zu zweiten Wahlgängen komme. Die Ratsmehrheit fand jedoch, das bisherige System sei bewährt. Zweite Wahlgänge brächten nur Mehrkosten, mehr politische «Spielchen» und Wählerverdross. (BZ/SDA)

Kohlekraftprojekt bröckelt weiter

EBM Nun ist es noch unwahrscheinlicher, dass das Kohlekraftwerk im norddeutschen Brunsbüttel, an dem sich die Elektra Birseck Münchenstein (EBM) ursprünglich beteiligen wollte, gebaut wird. Die rätische Repower AG teilte gestern mit: «Eine Realisierung des Projekts, an dem Repower mit 36 Prozent beteiligt ist, erscheint angesichts der energiepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland in absehbarer Zeit nicht realistisch.» Repower schreibt deshalb sieben Millionen Franken ab.

«Unser Maximalrisiko ist, dass das Kraftwerk nicht gebaut würde», er-

klärte EBM-Sprecher Jo Krebs im April 2010. «Dann würden wir die 1,5 Millionen Franken, mit denen wir an den Projektierungskosten beteiligt sind, verlieren.» Gestern kam Geschäftsleitungsmitglied Dominik Baier zu einem anderen Schluss: «Falls das Kraftwerk nicht gebaut und die Gesellschaft aufgelöst wird, werden die nicht verbrauchten Projektierungsgelder unter den Gesellschaftern aufgeteilt.» Die EBM führe wegen dieser Hoffnung, doch noch etwas zurückzubekommen, die bereits abgeschriebene Beteiligung weiter in den Büchern. (DH)



MICHAEL NITTAUS

Studierende der Uni Basel wehren sich gegen Sparmassnahmen

Rund 25 Studierende folgten gestern Morgen dem Aufruf der Studentvertretung Skuba und protestierten vor dem Liestaler Regierungsgebäude gegen das Sparpaket. Gleichzeitig reichten die Studierenden zusammen mit der Juso und den Jungen Grü-

nen eine Petition mit 2127 Unterschriften ein, die sich gegen Baselland-Einsparungen im Rahmen der Uni-Trägerschaft wehrt. Finanzdirektor Adrian Ballmer (Mitte) weigerte sich allerdings, ein «Diplom» entgegenzunehmen. (MN)

INSERAT

50 Überraschungen zum Jubiläum

März Jubiläumsangebot Nr. 10

Queen of Love

Queen of love von aeroplastik. In- Outdoor-Design für Lebensräume ohne Grenzen. Mit DESIGN OF LOVE leben Sie den Sommer wo immer Sie wollen. Unsere Wohnkonzepte suchen Ihrsgleichen. Stuhl ab 690,- incl. MWST

Weitere Highlights in unserer Gartenmöbelausstellung!

1962-2012

toni müller
wohnkultur

Alle Angebote des Monats finden Sie auf unserer website: www.tonimueller.ch
st. jakobs-strasse 148 4132 muttenz
tram (14) kappeli tel 061 461 55 50
parkplätze di-fr 10-18.30h sa 9-16h